

Offener Brief an Kollege Bsirske, die Kolleginnen und Kollegen des FB Bund, Länder.....

Stellungnahme zur öffentlichen Kritik durch Koll. Bsirske u. a. gegen die Beteiligung von Verdi Frankfurt am Protest gegen die Bundeswehrwerbung beim Hessentag 2011 in Oberursel durch den FB-Vorstand BiWiFo Frankfurt.

Die Bundeswehr wird aktuell zu einer Interventionsarmee umgebaut. Die Bundeswehr ist im Krieg in Afghanistan involviert.

Die Bundesregierung strebt an, mindestens gleichzeitig in zwei umfangreichen Kriegshandlungen und zudem auch in weiteren kleineren Spannungsfällen handlungsfähig zu werden. Was Krieg wirklich heißt und wie sich moderne Kriege auf die Zivilbevölkerung, aber auch auf Soldaten auswirkt, das zeigen die Werbeauftritte der Bundeswehr nicht. Ganz im Gegenteil. Zynisch wird dort für einen „Einsatz ohne Grenzen ! – Zukunft Luftwaffe – Perspektiven für junge Leute“ geworben. Massaker wie in Kundus, wie es bereits als Folge des bei den US – Verbündeten von einem deutschen Oberst bestellten Einsatzes geschah – ist das dann der „volle Einsatz über und unter den Wolken“ – „ der erfüllte Kindheitstraum“? So und ähnlich abgeschmackt wirbt die Bundeswehr für ihr todbringendes Handwerk unter Jugendlichen um Nachwuchs.

Wir lehnen dies entschieden ab und werden – völlig legitimiert durch unsere Verdi- Gremien- weiter gegen Werbeauftritte der Bundeswehr auch mit unserem Verdi-Logo aktiv. Wir wissen uns dabei auch in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Verdi-Bundeskongresses 2007.

In A 068 beschloss der Kongress:

„Stopp der weltweiten Bundeswehreinsätze! Abrüstung statt Sozialabbau!

Verdi fordert den Stopp der weltweiten Bundeswehreinsätze und den Einsatz der dafür vorgesehenen Gelder zur Aufrechterhaltung unseres Sozialstaates. Es sei denn, dieser Einsatz steht unter UNO-Mandat. Dazu trägt Ver.di aktiv zur Wiederbelebung bzw. Stärkung der Friedensbewegung bei und nutzt alle politischen Einflussmöglichkeiten, um der weltweiten Kriegspolitik entgegenzutreten.“

Dazu wurde als Arbeitsmaterial der A 069 verabschiedet. Er lautet:

„Entmilitarisierung aller!

Verdi fordert die Abschaffung der Bundeswehr und der Nato sowie eine Reform der EU und der UNO zu Gunsten demokratischer Entscheidungsprozesse und Gleichberechtigung.“

Auch zu Afghanistan – als Beispiel für einen Interventionskrieg- positioniert sich Verdi eindeutig:

A 070

„Afghanistan: Gegen Tornadoeinsatz, Rückzug der Bundeswehr, keine zivil-militärischen Einsätze

Verdi spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan aus und fordert die Bundesregierung auf, alle deutschen Truppen unverzüglich zurückzuziehen und den deutschen Beitrag auf ausschließlich zivile Zwecke zu beschränken.“

Ganz in diesem Sinne brachten wir einen Antrag auch der Bezirksdelegiertenkonferenz Frankfurt u. Region ein, der mit überwältigender Mehrheit gegen die Werbeaktivitäten der Bundeswehr unter Jugendlichen und jungen Menschen Stellung bezieht. Wir sind uns schon heute ziemlich sicher, dass dieser Antrag beim Bundeskongress 2011 ebenfalls eine Mehrheit finden wird.

Aber auch wir können gut nachvollziehen, wenn Zivilbeschäftigte der Bundeswehr um ihre Arbeitsplätze beim Bund fürchten. Nicht Gegner von Interventionskriegen gefährden diese. Die Bundesregierung wird mit der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee zahlreiche Bundeswehr-Standorte und -Arbeitsplätze vernichten. Kostspielige und immer teurere Kriegseinsätze sichern eben nicht Arbeitsplätze. Die Propaganda für Kriege ist falsch und verlogen.

Gerne greifen wir die Anregung auf, den Dialog mit den „unmittelbar betroffenen Kolleginnen und Kollegen“ zu führen. In der Frage von Krieg und Frieden sollten aber die Sorgen um Arbeitsplätze nicht das Denken bestimmen. Das wäre mehr als makaber.

Auch wir wünschen unseren Kollegen und Kolleginnen bei der Bundeswehr und den Soldaten und Soldatinnen „sichere“ Arbeitsplätze. Das ist für uns ein Grund mehr, eine Beendigung der Kriegseinsätze und damit ihre Rückkehr in die Heimat zu wünschen. Schon allein unter dem Aspekt der „Arbeitssicherheit“ und des präventiven Arbeitsschutzes lehnen wir Auslandseinsätze und Interventionskriege ab.

Wir fordern, dass sich alle Vertreterinnen und Vertreter von Ver.di an die Beschlusslage unserer Gremien halten und Aktivitäten, die im Sinne unserer Beschlüsse entstehen, unterstützen statt diese zu torpedieren.